



ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZUR HUMANITÄREN KRISE AN DER OSTGRENZE DER EU

CLC-CVX (Gemeinschaft Christlichen Lebens) in Europa verurteilt durch ihr Migrationsnetzwerk alle Formen der Gewalt gegen harmlose Männer, Frauen und Kinder, die an der Ostgrenze der Europäischen Union des internationalen Schutzes bedürfen. Unsere GCL-Gemeinschaften in der ganzen EU beobachten mit Sorge und Angst die Entwicklung einer neuen humanitären – und menschlichen – Tragödie vor unserer Haustüre.

Als Christen stehen fest an der Seite aller, die vor Krieg, Verfolgung und extremer Armut flüchten. In unserem alltäglichen Dienst als GCL-Gemeinschaften bezeugen wir die Schönheit von Begegnungen mit jenen, die sich unseren lokalen Gemeinschaften anschließen. Wir haben uns dazu verpflichtet, den Respekt vor den menschlichen Grundrechten aller Personen zu fördern. Wir sind ständig bemüht, mehr einladende und inklusive Gesellschaften in ganz Europa zu schaffen.

Wir fassen es nicht, mit welchen Maßnahmen, einschließlich gewaltsamen Push-backs, europäische politische Führungskräfte das Elend von Flüchtlingen für politisches Kalkül instrumentalisieren und die Behandlung von Asyl-Anliegen zur Sicherheitsgefahr erklären.

Die Europäische Union **ist verpflichtet, die Rechte aller Flüchtlinge und Migrant*innen** durch Schutz vor Gewalt an den Grenzen **aufrecht zu erhalten**, sowie die Garantie, um internationalen Schutz ansuchen zu können.

Im Licht des oben Gesagten **drängen wir**, als Gemeinschaft Christlichen Lebens in Europa, **Belarus die Instrumentalisierung von Migrant*innen für politische Zwecke sowie alle Formen der Gewalt gegen sie einzustellen.**

Gleichzeitig **drängen wir polnische Autoritäten, andere EU-Mitgliedsstaaten und Europäische Institutionen, sofort zu handeln, um:**

- internationales Recht und fundamentale Menschenrechte an der Ostgrenze der EU wieder herzustellen durch ein Ende der Push-backs und die Möglichkeit, auf legalem Weg um internationale Hilfe anzusuchen;
- den sofortigen Zugang für lokale und internationale Hilfsorganisationen zur eingeschränkten Grenzregion zuzulassen, um dringend benötigte medizinische und legale Hilfe zu leisten.
- internationale Beobachter*innen und unabhängige Medien in die eingeschränkte Grenzregion einzulassen.

Europa ist in keiner Weise belagert oder in seiner Lebensweise und Wohlfahrt bedroht. Eine Politik, die Migration und Verdrängung zum Sicherheitsrisiko erklärt, untergräbt den Schutz der Unterdrückten und behandelt die Menschenrechte als Privileg für Wenige.

Europäisches GCL-Migrationsnetzwerk – GCL in Europa